

Thüringen als Zwischenlösung

Während die Parteien noch über neue Kreis- und Gemeindegrenzen streiten, zielt ein Verein schon auf die nächste Ebene der Länderfusion. Und ist dabei nicht allein.

Von Jens Voigt

Sonneberg/Jena/Halle. Kommt von irgendwo ein Vorschlag für eine Länderfusion, reagiert die Thüringer CDU mit der Verlässlichkeit eines Pawlowschen Hundes: Nicht mit uns. Generalsekretär Mario Voigt etwa ließ sich schon vor vier Jahren so zitieren: „Die Frage von Länderstrukturen darf man nicht nur vor dem Hintergrund nüchterner ökonomischer Kennziffern betrachten, sondern man muss auch die Bindung der Menschen zu ihrer Heimat im Blick haben.“

Fränkischer Verein geht über Brauchtum hinaus

Eben drum, sagt Martin Truckenbrodt. Der kein Politiker ist, sondern IT-Administrator, wohnhaft in der Gemeinde Frankenblick bei Sonneberg, bei Abwesenheit erklärt die Stimme seiner Frau Rita auf dem Anrufbeantworter im weichsten Fränkisch, dass itzo „kenner noah geht“ ans Telefon. Die Truckenbrodts, man kann es so sagen, sind Franken aus Leidenschaft. Und sie sind nicht allein: Im vor anderthalb Jahren gegründeten Verein Henneberg-Itzgrund-Franken scharen sie gut 50 Mitstreiter um sich, Parteimitglieder von CDU bis Linke, Unternehmer, Angestellte. Die meisten um die 40 Jahre alt. „Und täglich werden es mehr“, berichtet Vereinschef Truckenbrodt.

Ziel des Vereins ist laut Satzung die „Aufklärung der Bevölkerung des Henneberger Landes und des Itzgrundes zwischen Rennsteig und der Landesgrenze zu Bayern bezüglich ihrer fränkischen ethnisch-kulturellen Identität“, man fördert ein „gesamfränkisches Bewusstsein“ sowie das „Zusammenwachsen einer Europaregion Franken“. Wer Truckenbrodt und die Seinen in Rage bringen will, muss eigentlich nur das Wort „Südthüringen“ aussprechen. Ein ebenso irriger Begriff sei das, erfährt man, eingeführt als ideologischer Ersatz für den ehemaligen Bezirk Suhl. „Henneberg-Franken wäre die richtige Bezeichnung“, erklärt Truckenbrodt. Ein erstes Ziel sei, dass die Industrie- und Handelskammer in Suhl diesen statt „Südthüringen“ trage.

Allerdings, es geht dem Verein um weit mehr als Brauchtum, Namen oder das Aufziehen der rot-weißen Flagge mit dem Frankenrechen. Als im Sommer wieder einmal das Ende der Kreisfreiheit Suhls diskutiert wurde, haben sich Truckenbrodt und seine Truppe tief in alles hineingewühlt, was bisher zum Thema Gebietsreform auf dem Tisch liegt, darunter auch die Empfehlungen der von der Landesregierung beauftragten Expertenkommission. Seit ein paar Tagen nun gibt es den Entwurf einer Stellungnahme des Vereins, im Januar soll sie beschlossen werden

Gebietsreform nach Vorstellungen von Martin Truckenbrodt - Vorsitzender des Vereines Henneberg-Itzgrund-Franken



den und lautet vom Tenor her: Wenn schon Gebietsreform, dann richtig. Nämlich durch „Wiederherstellung und Erhalt der Einheit des fränkischen Teils des Freistaats Thüringen“. Der Wartburgkreis gehöre zerlegt, Eisenach mit Umland nach Mittel- oder Nordthüringen, der Rest käme wieder in einen Landkreis Bad Salzungen, wiederherzustellen wie die anderen fränkischen Landkreise Schmalkalden, Schleusingen inklusive Suhl, Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg.

Gebietsreform mit einem Sprung zurück auf 1990

Es wäre quasi ein Sprung zurück auf 1990, nur mit einem einverleibten Suhl. Statt mit „Monster-Landkreisen“ wie von der Expertenkommission empfohlen soll eine Aufwertung der Planungsregionen zu Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte die nötigen Einsparungen bringen.

Da die Einsparungen aus einer solchen Gebietsreform trotzdem nur einen sehr kleinen Teil des Defizits an eigenen Steuereinnahmen des Freistaats aus-

gleichen können, fordert der Verein die Rückkehr zur zweistufigen Verwaltung durch Auflösung des Landesverwaltungsamtes und die Länderfusion von Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen – um dann endlich als fränkischer Teil Thüringens zu den Nachbarn in Bayern zu wechseln und mit denen dann ein Bundesland Franken zu begründen. Was andere gern „Mitteldeutschland“ nennen, wäre aus Sicht der Vereines dann besser als „Thüringen-Obersachsen“ zu bezeichnen und die Freiheit, die sich die Franken gönnen, soll auch anderen beschieden sein: Wer „historisch und kulturräumlich“ nicht zu Thüringen-Obersachsen gehöre, dürfe gern davonziehen, heißt es in der Stellungnahme. Dies betreffe, neben dem fränkischen Südthüringen, weiterhin den ostfälischen Norden Sachsen-Anhalts, desgleichen das Eichsfeld und Nordhausen, die eher Niedersachsen gehörten, und die Lausitz, die besser in Brandenburg aufgehoben wäre.

Alles nur Spinnerereien, Gedankenspiele von Retro-Franken im trauten Kämmerlein? „Wir bekommen viel Zuspruch“, sagt Truckenbrodt. Nicht nur bei Facebook, wo schon über 300

„Likes“ eingegangen sind. Die Sonneberger Landrätin habe „ziemlich interessiert“ nachgefragt, der Vorsitzende der Familienpartei, auch der Sprecher der Linken in Thüringen habe auf die Schnittmengen zu den Vorstellungen seiner Partei hingewiesen. Eine „sehr gute Zusammenarbeit“ gebe es zudem mit der Initiative für ein Volksbegehren zur Länderfusion in Sachsen-Anhalt. „Da wurde unsere Position für ein eigenständiges Franken nach einem Wechsel zu Bayern ausdrücklich berücksichtigt“, freut sich Truckenbrodt.

Und in Sachsen-Anhalt, wo es seit den Anfangsjahren des volkstümlich-bärbeißigen CDU-Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer immer wieder Fusions-Offerten aus der Landesregierung an die Nachbarn gab, nimmt die Sache gerade wieder Fahrt auf. Ende Oktober hatten bereits 6000 Menschen für einen Zusammenschluss mit Thüringen und Sachsen unterschrieben, nur noch weitere 1000 Unterschriften braucht es, um einen entsprechenden Antrag auf ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen. Man stehe „kurz vor dem ersten Sieg“, verkündet Bernward Rothe. Der

55-jährige SPD-Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt ist seit Jahren ein glühender Verfechter einer Länderfusion. Über den Sommer trieben Rothe und seine Mitstreiter im Großraum Halle-Leipzig 6000 Unterschriften ein.

Sozusagen das Bergfest fiel auf einen Tag im August: Am Infostand auf der Stuttgarter Allee im Leipziger Plattenbauareal Grünau signierte der 3500. Unterstützer. Besser konnte die Symbolik kaum passen, wie Rothe auf seiner Homepage notierte: „Stuttgart und Leipzig sind als zentrale Städte miteinander vergleichbar, wie auch Baden-Württemberg als ein durch Volksentscheid aus drei Kleinststaaten entstandenes Land mit Mitteldeutschland vergleichbar ist“. Und es gebe ja noch mehr Beispiele, Rheinland-Pfalz etwa, oder Mecklenburg-Vorpommern. Lauter Bindestrich-Länder, die für politische Ehen stehen auf dem langen Weg vom 300-teiligen Staatenbund zum 16-teiligen Bundesstaat. Das nächste Jahr böte laut Rothe ein günstiges Zeitfenster zur Entscheidung pro oder kontra Mitteldeutschland, dann finden in allen drei Ländern keine Landtagswahlen statt. Vorzugsva-

riante wäre eine Vollfusion der drei Länder zu einem, das hernach nur „Sachsen-Thüringen“ heißen sollte. „Anhalt“ bliebe dann lediglich als Name für einen größeren Landkreis.

Das Volk soll es per Entscheid richten

Alternativen wie die Zuordnung des Nordens von Sachsen-Anhalt zu Brandenburg oder des Südens von Thüringen zu Bayern „können 2016 Befragungsgegenstand werden“, kündigt die Initiative an. Der eigentliche Volksentscheid würde dann am besten parallel zur Bundestagswahl 2017 laufen – um auch sicher die Mindestbeteiligung von 25 Prozent der Wahlberechtigten zusammenzukriegen. Klappt das und stimmt eine Mehrheit zu, könnte „Sachsen-Thüringen“ im Jahr 2020 aus der Taufe gehoben werden – punktgenau zur Einführung der Schuldenbremse für Länder und Bund.

Sehr wahrscheinlich ist das nicht. Denn mit den 7000 amtlich bestätigten Unterschriften nimmt die Initiative lediglich die erste Hürde. Binnen zwei Wo-

chen müssen sich danach mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten im Raum Halle – Leipzig als Unterstützer bei ihren Kommunalverwaltungen registrieren lassen. Mithin rund 100 000 Menschen. Kaum zu schaffen. Rothe versucht zwar nun per Petitionsantrag den Bundestag zu einer Gesetzesänderung zu bewegen, um sechs Monate für die „Rathaussammlung“ herauszuholen. Aber solche Anläufe gab es schon einige.

Gleichwohl, der Zug ist auf dem Gleis. Während die Landesregierungen in Erfurt und Dresden bislang eher misstrauisch auf ihrer vor über zehn Jahren verabredeten „Initiative Mitteldeutschland“ herumkauen, sind andere längst weiter. Ab Anfang 2015 gehen Großstädte und erste Landkreise unter dem Dach der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland an den scharfen Start, vereint mit der gleichnamigen Wirtschaftsinitiative. Es gehe um gemeinsame Vermarktung, Investorenansiedlung, einen modernen Verkehrsverbund mit Einheits-tarif, kündigten die Initiatoren kürzlich in Jena an.

Schon jetzt straff in Richtung Fusion zu marschieren, wäre wohl taktisch unklug, meinte Saalekreis-Landrat Frank Banert (CDU): „Wir wollen ja nicht gleich die Landesregierungen gegen uns aufbringen.“ Dennoch sei allen Beteiligten klar, dass eine Föderalismusreform in den nächsten 20 Jahren kommen müsse, inklusive Länderneuzuschnitt.

Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) formulierte seine Gewissheit besonders hübsch: „Was wir jetzt gemeinsam tun, kann die Voraussetzung sein, dass eines Tages Mitteldeutschland wie eine reife Frucht in unseren Schoß fällt.“

Auch die Franken-Streiter um Martin Truckenbrodt dürfen wohl mit Fug auf die normative Kraft des Faktischen zählen: Als namentlich ein gewisser Bernhard Vogel den Bau der Thüringer Waldautobahn gegen alle Widerstände durchsetzte, warb er auch mit der besseren Anbindung der Regionen hinterm Rennsteig gen Erfurt für das Projekt – die meisten Fahrzeuge aber bewegen sich inzwischen laut offizieller Zählung auf den Abzweigen von Suhl gen Schweinfurt und Coburg. Von einem Franken ins andere.



Bernward Rothe, SPD-Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt Foto: SPD



Martin Truckenbrodt, Vereinschef vom Verein Henneberg-Itzgrund-Franken Foto: Verein



Albrecht Schröter (SPD) ist Oberbürgermeister von Jena. Foto: Lutz Prager